



HEUTE IM KREIS

Das Stadtjugendreferat Winnenden und die Paulinenpflege laden zu einer Vortragsveranstaltung zum Thema Rechts-Extremismus ein, die im Berufsbildungswerk in der Forststraße 4 stattfindet und um 19 Uhr beginnt. Gerhard Dinger von der Fachstelle Rechts-Extremismus des Kreisjugendamtes spricht über Strategien gegen Rechts-Extremismus, der Kriminalhauptkommissar Andreas Lindauer klärt über Symbole und Zahlencodes auf.

WUSSTEN SIE . . .

... dass die Zahl 88 Rechts-Extremisten als Erkennungszeichen dient? Die entsprechenden Buchstaben im Alphabet verweisen auf HH für „Heil Hitler“.

IHR WEG ZU UNS

Stuttgarter Zeitung
Redaktion Rems-Murr-Kreis
Schmidener Straße 18, 71332 Waiblingen
Telefon 0 71 51/9 58 08-0
Telefax 0 71 51/9 58 08-44
E-Mail: redaktion.waiblingen@stz.zgs.de

Frank Rodenhäuser (-11), Harald Beck (-21), Thomas Schwarz (-22), Martin Tschepe (-23), Kathrin Wesely (-32), Oliver Hillinger (-35)

Der Regionalplan wird erörtert

BACKNANG/WAIBLINGEN (har). Zum Entwurf des künftigen Regionalplans haben den Verband Region Stuttgart (VRS) von den Städten, Gemeinden und öffentlichen Institutionen mehr als 300 Stellungnahmen zu etwa 2000 Einzelaspekten erreicht. Diese Einwendungen werden in verschiedenen Veranstaltungen öffentlich erörtert. Damit wolle der Verband Region Stuttgart diese Möglichkeit nutzen, um zu gewährleisten, „dass tatsächlich alle relevanten Belange im Planungsverfahren berücksichtigt werden“. Bei der Gelegenheit sollen laut dem Verband zufolge „die konkreten Entwicklungsvorstellungen der Gemeinden nochmals beleuchtet werden“. Für den Rems-Murr-Kreis sind zwei Veranstaltungen vorgesehen. Heute beginnt die Anhörung für den Bereich Backnang um 9.30 Uhr im Fritz-Schweizer-Saal des Backnanger Bürgerhauses in der Bahnhofstraße. Am Donnerstag, 22. Januar, folgt die Erörterung des Regionalplans für die Bereiche Schorndorf, Waiblingen und Fellbach ebenfalls von 9.30 Uhr an im Welfensaal des Waiblinger Bürgerzentrums. Für den VRS ist unter anderem dessen Chefplaner Thomas Kiwitt anwesend.

POLIZEIBERICHT

Haus brennt nieder

GROSSERLACH (hll). In Großerlach ist am frühen Sonntagmorgen ein leerstehendes Wohnhaus niedergebrannt. Es entstand ein Schaden in Höhe von 30 000 Euro. Die Ursache des Feuers, das sich vom Keller bis zum Dachstuhl ausbreitete, ist noch nicht geklärt. Die Polizei schließt jedoch einen Zusammenhang zur jüngsten Brandstiftungsserie an Gebäuden der Erlacher Höhe auf.

Firmentresor aufgebrochen

SCHORNDORF (hll). Unbekannte sind während des vergangenen Wochenendes in die Räume einer Firma in der Haubersbronner Straße in Schorndorf eingestiegen. Sie brachen im Haus mehrere Türen und einen Tresor auf, aus dem sie ausländisches Bargeld stahlen. Teure elektronische Geräte rührten sie hingegen nicht an. Der Schaden beträgt laut der Polizei mehrere tausend Euro.

Gelenkbus prallt gegen Auto

WAIBLINGEN (hll). In der Seewiesenstraße in Waiblingen-Beinstein ist am Montagmorgen ein abgestellter Opel vom Heck eines Gelenkbusses erheblich beschädigt worden. Der Grund dafür war, dass der Bus wegen Glattseis ins Rutschen gekommen war. Im Bus befanden sich zum Zeitpunkt des Unfalls keine Fahrgäste. Die Polizei schätzt den entstandenen Sachschaden auf 2000 Euro.

Umgestürzten Baum überrollt

ALLMERSBACH (hll). Ein umgestürzter Baum hat am Sonntagabend auf der Landesstraße zwischen dem Dmitrov-Kreisverkehr und Berglen-Stöckenhof einen Unfall verursacht. Ein 36-jähriger Audi-Fahrer hatte den Baum, der wegen eines Sturms quer über der Straße lag, zu spät gesehen. Beim Überrollen des Baumes entstand ein Schaden von 5000 Euro.

Geparktes Auto gerammt

RUDERSBERG (hll). In der Michelauer Straße in Rudersberg-Steinberg hat eine 18-jährige Fiatfahrerin in der Nacht zum Sonntag einen Sachschaden in Höhe von rund 17 000 Euro verursacht. Sie hatte einen BMW übersehen, der am dortigen Straßenrand abgestellt war und war mit diesem zusammengeprallt. Die junge Fahrerin blieb unverletzt.

Investor sucht noch nach Mietern

Baubeginn für Geschäftshaus auf dem kleinen Postplatz voraussichtlich Mitte des Jahres

WAIBLINGEN. Das Einkaufszentrum am Alten Postplatz ist seit zehn Monaten in Betrieb, doch dahinter klappt noch eine Baulücke. Der Investor verhandelt zurzeit mit Mietern für das zweite Geschäftshaus und rechnet mit einem Baubeginn zur Jahresmitte.

Von Frank Rodenhäuser

Beim Neujahrsempfang hat der Waiblinger Oberbürgermeister Andreas Hesky die Umgestaltung des Alten Postplatzes zuletzt heftig gelobt. Das dort im März vergangenen Jahres fertiggestellte Einkaufszentrum habe sich zu einem Magneten für die Stadt entwickelt. Auch die Tiefgarage mit ihren zusätzlichen 220 Stellplätzen werde gut angenommen und trage zur Belebung bei.

Dennoch ist die Neuordnung des Areals am südlichen Eingang zur Altstadt, um die Jahrzehntlang gerungen wurde, noch immer nicht abgeschlossen. Direkt hinter dem Einkaufszentrum klappt nach wie vor eine hässliche Lücke. Diese soll von dem gleichen Investor geschlossen werden, der auch für das Postplatz-Forum verantwortlich zeichnet. Entstehen soll ein weiteres, wenn auch deutlich kleineres Geschäftshaus, das außer Einzelhandelsgeschäften auch die Volkshochschule Unteres Remstal beherbergen soll. Außerdem ist eine Tiefgarage mit knapp 100 Stellplätzen geplant, die mit der bestehenden unterirdischen Parkmöglichkeit verbunden werden soll.

Die Verträge mit dem Immobilienentwickler Matrix, der seinen Firmensitz unlängst von Frankfurt nach Hamburg verlagert hat, sind schon im Juli vergangenen Jahres unterzeichnet worden, und auch Geld sei bereits geflossen, versichert die Baubürgermeisterin Birgit Priebe. Doch die Bautätigkeit auf der Grube, auf der einst die Turnhalle der Karolingerschule sowie ein alteingesessenes Sportgeschäft standen, hält sich in Grenzen.

Die „Flächensondierung“ habe einen „kleineren Öltschaden“ ergeben, sagt die Baubürgermeisterin. Man vermutet, dass er von einem früheren Heizraum der Karolingerturnhalle herrührt. Ansonsten berge der Baugrund wohl keine unliebsamen Überraschungen. Dennoch werden die Bauarbeiter wohl erst Mitte des Jahres anrücken. Der Bauantrag ist laut Matrix-Vorstand Olaf M. Heinzmann in Vorbereitung.

Rund 1500 Quadratmeter Fläche des bis zu dreigeschossigen Gebäudes sollen mit Einzelhandel belegt werden – mit großflächigem Einzelhandel, denn den Geschäften in der Altstadt soll keine direkte Konkurrenz erwachsen. Wunschieter wäre außer Anbietern aus dem Bereich der Schuh- und Textilbranche ein Sportgeschäft, denn ein solches fehlt seit dem Abriss von Sport-Winter in Waiblingen. Doch sowohl die angespannte Wirtschaftslage als auch der Zuschnitt des Gebäudes mit einer vergleichsweise schmalen Ladenfront machen die Verhandlungen nicht einfach. Heinzmann ist dennoch zuver-



Am kleinen Postplatz ragen die Reste der alten Bebauung aus der Erde. Foto Gottfried Stoppel

sichtlich, demnächst drei namhafte Einzelhändler präsentieren zu können.

Als Mieter gesetzt ist die Volkshochschule Unteres Remstal. Die Stadt hat sich für die Bildungseinrichtung rund 1000 Quadratmeter reservieren lassen, inklusive eines Dachgartens, der für Veranstaltungen genutzt werden kann.

Das auf zwölf bis 15 Millionen Euro taxierte Projekt soll im Herbst 2010 fertiggestellt werden. Der Investor rechnet mit einer Bauzeit von 16 Monaten. Parallel zum Bau

des Geschäftshauses will die Stadt an den Plänen des Übergangs zur Karolingerschule arbeiten, wo das Familienzentrum eingerichtet wird. Das Areal, das zur Erinnerung an jenes Waiblinger Dekanehepaar, das zur NS-Zeit Juden Unterschlupf gewährte, in Elsbeth- und Herrmann-Zeller-Platz umbenannt wird, soll ein repräsentatives Tor zur Altstadt bilden. Doch was ist, wenn der Investor seine Versprechungen nicht einhalten kann? „Einen Plan B gibt es nicht“, räumt Birgit Priebe ein. „Wir gehen davon aus, dass alles klappt.“

Im Wieslaufstal dreht sich der kommunalpolitische Wind

Zur Wahl im Juni tritt in Rudersberg eine gemeinsame Liste „SPD & Rudersberger Bürger“ an – Ursprünge in der Bürgerinitiative

RUDERSBERG. Die Kommunalwahl im Sommer könnte die Mehrheitsverhältnisse im Rudersberger Gemeinderat verändern. In der Gemeinde formiert sich eine Wählerinitiative „Rudersberger Bürger“, die „personelle und inhaltliche Alternativen“ ankündigt.

Von Oliver Hillinger

Lange war im Vorfeld gerätselt worden, jetzt steht es fest: In Rudersberg wird zur Kommunalwahl am 7. Juni eine neue Gruppierung antreten, die sich „Rudersberger Bürger“ nennt. Die neue Gruppe wird als gemeinsame Liste mit der örtlichen SPD auf dem Wahlzettel erscheinen. Mit deren Fraktion, die zurzeit drei Ratsmitglieder im Rudersberger Gemeinderat stellt, habe man sich auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt, heißt es

in einer Pressemitteilung des Sprechers der „Rudersberger Bürger“, Wolfgang Bogusch. Schließlich habe sich gezeigt, „dass man mit der SPD-Fraktion am gleichen Strang und in die gleiche Richtung zieht“.

Der Hauptgrund für die Gründung der neuen Gruppierung liegt in den jüngsten kommunalpolitischen Ereignissen im Wieslaufstal. Im Herbst 2006 wurden Pläne für den Bau einer dortigen Umgehungsstraße bekanntgegeben, die das naturbelassene Tal einschneidend verändert hätte. In deren Folge formierte sich eine Bürgerinitiative mit dem Namen „Lebenswertes Wieslaufstal“, die sich gegen die Planungen wandte und sie mit einem gewonnenen Bürgerentscheid im Herbst 2007 abwenden konnte. Dabei konnten sich die BI-Mitglieder nur der Unterstützung der SPD im Rudersberger Gemeinderat sicher sein. CDU und Freie Wähler votierten mehrheitlich für den Straßenbau.

Im Zuge des Bürgerentscheides, an dem 62 Prozent der Rudersberger Wähler teilnahmen, sei das Interesse an Kommunalpolitik in Rudersberg deutlich gestiegen, schreibt Wolfgang Bogusch, der Sprecher der Rudersberger Bürger. Aus diesem Grunde habe man sich zur Gründung der neuen Gruppierung entschlossen. Die neue Gruppe setze sich jedoch nicht ausschließlich aus BI-Mitgliedern zusammen. Man habe in den vergangenen Wochen unabhängige Bürger in der gesamten Gemeinde angesprochen und für eine Kandidatur für die neue Liste gewonnen. „Rund die Hälfte der Kandidaten sind Mitglieder der BI, die andere Hälfte kommt von außen“, sagt der Sprecher der Rudersberger Bürger. Namen will er bis jetzt keine nennen, weil die neue Liste bislang amtlich noch nicht zugelassen sei. Auch sei man noch auf der Suche nach Unterstützern. „Wer der Meinung ist, dass es im Rudersberger Gemeinderat nicht

so weitergehen darf wie bisher, der möge sich bei uns melden“, sagt Bogusch.

Inhaltlich geht es den „Rudersberger Bürgern“ zuvorderst um die Bewahrung der naturbelassenen Umgebung des Wieslaufstals. „Wir wollen die Remstalisierung verhindern“, sagt Bogusch, der damit eine Zersiedlung der Landschaft durch ein Übermaß an Straßen, Wohn- und Gewerbebauten meint. Für die „Rudersberger Bürger“ bedeute „die intakte natürliche Umgebung die Attraktivität unserer Gemeinde“. Argumentiert wird in diesem Sinne „für eine Bauentwicklung entsprechend des Eigenbedarfs“ und „für eine vorrangige Innenentwicklung aller Ortsteile“. Damit wolle man laut Bogusch einen Schlussstrich unter „die Betonpolitik der vergangenen Jahre ziehen“. Zudem unterstützt die neue Gruppierung das Konzept „Straße für alle“ (Shared Space), mit dem die Ortsmitte von Rudersberg umgestaltet werden soll.

Schlangen bis weit vor die Gemeindehalle

Fast 1500 Menschen haben an der Typisierungsaktion für Martin Holzwarth teilgenommen

RUDERSBERG. Die vielen Aufrufe haben Wirkung gezeigt: An der Typisierungsaktion für den an Leukämie erkrankten Rudersberger Martin Holzwarth haben sich fast 1500 Menschen beteiligt. Lange Wartezeiten gab es aufgrund der zahlreichen Helfer nicht.

Von Oliver Hillinger

Zum Glück hatten die Organisatoren vorgesorgt, denn die Resonanz war überwältigend. Während der insgesamt sechsstündigen Typisierungsaktion am Sonntag reichte die Schlange bis weit vor die Rudersberger Gemeindehalle, berichtet Ilona Stasky, die Schwester des an Leukämie erkrankten Dirigenten des Musikvereins Rudersberg, Martin Holzwarth. Weil die Organisatoren jedoch weit mehr Helfer aufbieten konnten, als es bei solchen Aktionen üblich ist, wurden lange Wartezeiten vermieden. Letztendlich nahmen 18 Helfer die Personalien auf, 15 nahmen den potenziellen Knochenmarkspendern das Blut ab. Dazu zählte auch der frühere Hausarzt der Holzwarths, der sich eigentlich schon im Ruhestand befindet, aber sich für diese Aktion gewinnen ließ.

Die Hilfsbereitschaft sei überwältigend, sagt Ilona Stasky, die im Namen ihres Bruders allen Helfern und Spendern dankt. Ungewöhnlich sei zudem gewesen, dass zahlreiche Spender selbst Geld für die Aktion beisteuerten. In den Spendenkassen, die die Deutsche Knochenmarkspenderdatei (DKMS)



Die Helfer haben bei der Typisierungsaktion alle Hände voll zu tun gehabt. Foto Gottfried Stoppel

am Sonntag aufgestellt hatte, fanden sich am Ende der Aktion mehr als 14 000 Euro. Die Bereitschaft zu geben sei sehr hoch gewesen, was ihrer Familie und der Aktion sehr helfe, sagt Ilona Stasky.

Für Martin Holzwarth beginnt nun eine Zeit des Wartens. Ungefähr vier Wochen

dauert es, bis alle Typisierungsdaten ausgewertet sind. Erst dann gibt es Klarheit über die Möglichkeit einer Knochenmarkspende, die Martin Holzwarth das Leben retten könnte. Es helfe ihrem Bruder jedoch sehr, die Welle der Hilfsbereitschaft zu sehen, sagt Ilona Stasky.

Ausschluss vom Schulunterricht rechtens

Gericht weist Eilanträge ab

STUTT GART (dpa/lsw). Wer einen gewalttätigen Mitschüler deckt, kann auch selbst von der Schule fliegen. Laut Auffassung des Verwaltungsgerichts kann eine Schülergruppe mit Verweisen bestraft werden, auch wenn nur einer zugeschlagen hat.

Im konkreten Fall hatte eine Gruppe von Acht- und Neuntklässlern eines Gymnasiums im Rems-Murr-Kreis am 17. Dezember einen Mitschüler verprügelt. Obwohl der Täter nicht ermittelt werden konnte, wurde die gesamte Gruppe fünf Tage vom Unterricht ausgeschlossen. Dagegen waren Eltern vor das Verwaltungsgericht Stuttgart gezogen. Das Gericht wies am gestrigen Montag die Eilanträge jedoch zurück (AZ: 10 K 4801/08 und 10 K 4802/08).

Die Gruppe von 14- und 15-Jährigen hatte nach dem Angriff auf den Mitschüler vor dem Rektorat herumgepöbelt. Sie schlugen und traten so stark gegen die Tür, dass die Sekretärin den Rektor verständigte, der die Schüler des Hauses verwies. Kurze Zeit später trafen sie am Fahrradschuppen die Mutter des verprügelten Schülers und bedrohten sie mit den Worten „Aufs Maul“. Die von ihrem Sohn verständigte Frau rief daraufhin die Polizei. Über den Vorfall Mitte Dezember ist nach Angaben einer Sprecherin des Verwaltungsgerichts „nichts in der Presse“ veröffentlicht worden, den Namen des Gymnasiums im Rems-Murr-Kreis wolle man nicht nennen, um die Schule und die Beteiligten zu schützen.

Ein Rektor kann dem Schulgesetz zufolge Schüler vom Unterricht ausschließen, wenn ein Schüler durch schweres oder wiederholtes Fehlverhalten seine Pflichten verletzt und dadurch die Erfüllung der Aufgabe der Schule und die Rechte anderer gefährdet. In diesem Fall hatten die Schüler der Gruppe argumentiert, es handle sich um eine „unzulässige Kollektivstrafe ohne pädagogischen Wert“, weil nicht geklärt werden konnte, wer der Schuldige war. Das Gericht ließ dies nicht gelten und verwies darauf, dass jeder Einzelne „als Mitglied der Gruppe zur Einschüchterung des betroffenen Schülers erheblich beigetragen“ habe. Außerdem sei das „Bedrohungspotenzial“ einer solchen Gruppe viel höher, und jedes Mitglied könne hoffen, von der Gruppe gedeckt zu werden.

Die Eltern können gegen den Spruch Beschwerde vor dem Verwaltungsgerichtshof einlegen. Eine Sprecherin des Verwaltungsgerichts sagte, man habe pro Jahr im Schnitt rund 20 solcher Fälle. Nach dem Ausschluss für fünf Tage kann der Rektor nach Anhörung der Schulkonferenz als weitere Maßnahme Schüler für vier Wochen verweisen. Sollten sich die Schüler danach Weiteres zuschulden kommen lassen, droht ihnen der endgültige Schulverweis.

Sekundärtugenden wieder wichtiger

PLÜDERHAUSEN (har). Den Mangel an positiven erwachsenen Vorbildern für Kinder und Jugendliche bemängelt der Kreisverband Bildung und Erziehung (VBE). Die Schule sei mit der Werteerziehung überfordert, wenn das soziale Umfeld nicht mitziehe, heißt es in einer Pressemitteilung. Dass junge Menschen sprachlich immer ausfalliger würden, sei mit eine Folge davon, dass sich Erwachsene im Alltag zunehmend der Fäkal- und Gossensprache bedienen. Wie Erwachsene miteinander umgehen, färbe stark auf Kinder ab. Zuweilen wirke aber auch Höflichkeit ansteckend. Und Sekundärtugenden wie Höflichkeit, Zuverlässigkeit und Ordnungssinn seien bei Auszubildenden wieder verstärkt gefordert.

Parolen an Gebäuden und am Tunnelportal

WAIBLINGEN (hll). Unbekannte haben an mehreren Stellen des Kreises während des Wochenendes rechts- und linksextreme Parolen hinterlassen. Am Sonntag hatten Unbekannte über dem Ostportal des Kappelberg-Tunnels ein sechs Meter langes Transparent mit der Aufschrift „Es ist Licht am Ende des Tunnels“ und „Das deutsche Reich kommt wieder“ aufgehängt, das auf die B 14 zu stürzen drohte. In Backnang wurden in der Erbsletter Straße und am Gebäude des Amtsgerichts am Stiftshof, in Schorndorf in der Gerold um die Lutherstraße linksorientierte Parolen an Gebäude gesprüht. Die Polizei (Telefon 0 71 51/95 00) bittet um Hinweise.